



## Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

zur Änderung des Grundgesetzes hat der Vermittlungsausschuss mit breiter Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne und Linke seitens der Vertreter des Bundestags sowie mit den Stimmen aller Ländervertreter am Mittwochabend einen Kompromissvorschlag angenommen. Damit ist der Weg frei für die Umsetzung des Digitalpakts Schule, für das Engagement des Bundes beim sozialen Wohnungsbau sowie für die Aufstockung der Bundesmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Der Deutsche Bundestag hat bereits zugestimmt, die Abstimmung im Bundesrat wird am 15. März sein.

Gerade der Digitalpakt liegt mir als Mitglied im Bildungsausschuss ganz besonders am Herzen. Mit diesem Digitalpakt Schule stellt der Bund den Ländern und Kommunen insgesamt fünf Milliarden Euro für die digitale Infrastruktur zur Verfügung (in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro). Finanziert werden damit beispielsweise WLAN-Anschlüsse, die Anschaffung digitaler Lerngeräte oder entsprechender Anzeigegeräte wie „digitale Tafeln“.

Damit soll erreicht werden, dass schnelles Internet in allen Schulen verfügbar wird und der Einsatz digitaler Medien in die Lerninhalte integriert werden kann. Sie sollen die traditionellen Lernmethoden ergänzen, aber können Sie keinesfalls ersetzen. Auch die „Nutzbarmachung“ der Infrastruktur und der Lehrmittel durch Systemadministratoren wird unterstützt. Gefördert wird schließlich die Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrer zur Nutzung digitaler Medien und zur Vermittlung digitaler Kompetenzen im Unterricht.

Im Vermittlungsverfahren haben wir somit ein Ergebnis erreicht, mit dem wir den Weg frei machen für die im Koalitionsvertrag vereinbarten Investitionen in digitale Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und kommunale Verkehrsprojekte.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Mit besten Grüßen  
Ihr

Eberhard Gienger

### **Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln – Perspektive der Betroffenen und Beteiligten mit einbeziehen.**

Mit diesem Antrag der Koalitionsfraktionen forderten wir die Bundesregierung auf, eine temporäre, unabhängige Anlaufstelle einzurichten. Bei dieser sollen Eltern, Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Pflegeeltern und professionelle Akteure vertraulich berichten können, welche Erfahrungen sie mit dem Hilfesystem und den familiengerichtlichen Verfahren gemacht haben. Diese Berichte sollen systematisch von Wissenschaftlern analysiert und ausgewertet werden. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und fließen in einen Gesamtbericht zum Beteiligungsverfahren SGB VIII-Reform ein. Des Weiteren wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in den Kinderschutzverfahren voranzutreiben und die Forschung in dem Bereich auszubauen.

### **Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.**

In 2./3. Lesung haben wir diesen Gesetzentwurf mit dem Ziel beschlossen, die Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zu verbessern. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten. Wir konnten durchsetzen, dass das grundsätzliche Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche in § 219a StGB erhalten bleibt.

### **Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Fragestunde und Regierungsbefragung).**

Im vergangenen Jahr haben verschiedene Gespräche mit dem Ziel stattgefunden, einen interfraktionellen Konsens zur Neustrukturierung von Regierungsbefragung und Fragestunde im Deutschen Bundestag zu erreichen. Nachdem ein solcher fraktionsübergreifender Konsens nicht erreicht werden konnte, hat die Koalition

einen Vorschlag eingebracht, mit dem die Regelungen zur Regierungsbefragung im Sinne des Bundestags deutlich erweitert werden.

Er sieht nun auch in der Geschäftsordnung vor, dass sich Bundeskanzler einer turnusmäßigen Befragung stellen müssen, welche dreimal im Jahr stattfinden soll. Die Bundeskanzlerin hatte sich im vergangenen Jahr einer solchen Befragung bereits zwei Mal gestellt. Darüber hinaus erhält der Bundestag künftig die Tagesordnung des Kabinetts vor der Regierungsbefragung, das heißt die Abgeordneten in den Fraktionen haben künftig vor Beginn der Fragestunde die Möglichkeit der Kenntnisnahme und Vorbereitung entsprechender Fragen. Die Regierungsbefragung soll in Zukunft 60 statt bisher 30 Minuten dauern, wobei kein Thema vorgegeben wird. Aufgrund der Verlängerung der Regierungsbefragung wird die Dauer der anschließenden Fragestunde auf 90 Minuten reduziert.

### **Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung.**

Mit dem beschlossenen Rahmenprogramm stärkt die Bundesregierung die Gesundheitsforschung. Ein Leitbild des Programms ist es, die Forschung noch stärker an den Bedürfnissen des Menschen auszurichten. Patienten sollen schneller von Innovationen und medizinischem Fortschritt profitieren und länger gesund leben können. Das Programm ist auf 10 Jahre angelegt und beinhaltet die strategische Ausrichtung der Gesundheitsforschung der Bundesregierung. Mit den Maßnahmen werden beispielsweise digitale Innovationen in der Gesundheitswirtschaft sowie die personalisierte Medizin unterstützt. Das neue Rahmenprogramm Gesundheitsforschung löst das bislang bestehende Rahmenprogramm aus dem Jahr 2010 ab und soll nach ungefähr der Hälfte der Gesamtlaufzeit auf Basis der bis dahin erreichten Ergebnisse an die aktuellen Entwicklungen angepasst und entsprechend weiterentwickelt werden.

## Impressionen



Seit über 15 Jahren gibt es jetzt die Aktion und den Red Hand Day am 12. Februar, den internationalen Gedenktag an das Schicksal von Kindersoldaten.



„Unparteitag“ des CDU Kreisverbandes Ludwigsburg



Rathaussturm in Güglingen



Prunksitzung des Talheimer Carnevalsverein

## Termine

Freitag, 22.02.2019

19:00 Uhr Prunksitzung Zabergäunarren, Güglingen, Herzogskelter

Sonntag, 24.02.2019

11:30 Uhr: Festakt 40 Jahre Musikschule Besigheim, Besigheim – Alte Kelter - Großer Saal

14:00 Uhr: Faschingsumzug in Talheim

Die nächste Bürgersprechstunde findet am **Montag, 25.02.2019 von 14:00 – 16:00 Uhr** im Wahlkreisbüro, Pleidelsheimer Str. 11 in 74321 Bietigheim-Bissingen statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.